

ULLA PLENER

Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Teil III: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung nach dem Scheitern des Realsozialismus (1990 - 2000)

Das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts war von einem doppelten Umbruch gekennzeichnet: dem seit Mitte der siebziger Jahre in erhöhtem Tempo fortschreitenden technologischen Umbau der kapitalistischen Produktionsweise mit den bekannten ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Folgen und dem Abgang des Realsozialismus von der historischen Bühne in Europa. Beide Vorgänge steigerten die Aggressivität des global agierenden Kapitals, nicht zuletzt gegenüber den Lohnarbeitenden und ihren gewerkschaftlichen Vertretungen. Vor diesem Hintergrund wird der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit immer lauter – und eine gemeinwohlorientierte und demokratisch strukturierte Wirtschafts- und Sozialordnung national, regional und international immer dringender.

Mit dem Scheitern des sozialistischen Versuchs blieben auch viele kapitalismuskritische Konzepte – so auch die sozialdemokratische Ur-Idee der Wirtschaftsdemokratie als Weg, soziale Gerechtigkeit und schließlich eine am Gemeinwohl orientierte Gesellschaftsordnung zu verwirklichen – auf der Strecke. Aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein scheint sie vollständig verdrängt zu sein. Sie ist aber noch nicht tot; sie wird noch immer von Gewerkschaften und linken Parteien sowie einigen mit diesen verbundenen Wissenschaftlern verfochten. Und es gibt sogar nicht wenige praktische Ansätze, die in Richtung eines am Gemeinwohl orientierten demokratischen Wirtschaftens weisen.¹

Gewerkschaften, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie

Träger der Wirtschaftsdemokratie-Idee als Erfordernis sozialer Gerechtigkeit waren bisher vor allem die Gewerkschaften. Im jüngsten Grundsatzprogramm des DGB, das 1996 in Dresden angenommen wurde², sind Aussagen dazu immer noch enthalten, und zwar in der »Dreieinigkeit« der ethischen Motivation, der politökonomischen Begründung und der Ansprüche an den Staat als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen.

Ein wichtiges Ziel des DGB bei der »Gestaltung der Ökonomie« ist dabei »mehr soziale Gerechtigkeit« zu verwirklichen. Damit unmittelbar verbunden ist die Idee der *Demokratisierung der Wirtschaft*. »Politische Demokratie muß durch wirtschaftliche und soziale Demokratie auch in der Arbeitswelt ergänzt und gefestigt werden« (DGB-Programm: S. 14; ähnlich auch S. 3 und 7). Den inhaltlichen Schwerpunkt bildet dabei die *Mitbestimmung*. Ihr Ausbau gehöre »zum Kern einer sozialen und demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung« (DGB-Programm: S. 21). Weitere Mitbestimmungsrechte



Ulla Plener – Jg. 1933, Dr. sc. phil., Historikerin, Arbeiten zur Geschichte der Sozialdemokratie sowie biographische Forschungen, Mitglied der Leibniz-Sozietät. Foto: privat

1 Natürlich erlaubt der beschränkte Platz hier nur eine exemplarische Dokumentation der Befunde.

2 Vgl. DGB: Die Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongreß am 13.-16. November 1996 in Dresden, Düsseldorf 1997.

werden auf vier Ebenen angepeilt: am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen/Konzern und auf europäischer Ebene. Herausgefallen ist die im Programm von 1981 geforderte Mitbestimmung auf (nationalstaatlicher) gesamtwirtschaftlicher Ebene in der dort konkret benannten Form der nationalen und regionalen Wirtschafts- und Sozialräte. Nach wie vor wird, wenn auch unverbindlicher als noch 1981, die *öffentliche Wirtschaft* als »ein wichtiges Instrument einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik« bezeichnet (DGB-Programm: S. 24).

Dem Staat bleibt die gesamtgesellschaftliche Verantwortung übertragen. In verschiedenen Zusammenhängen bezieht sich das Programm immer wieder auf den Sozialstaat, der »als Fundament einer gerechteren Gesellschaftsordnung verteidigt werden« müsse (DGB-Programm: S. 7). Hier liegt der Akzent auf der *Sozialpflichtigkeit des Staates*. Von der Sozialpflichtigkeit des *Eigentums* ist jedoch nur verborgen und von der Verantwortung des Staates, diese durchzusetzen, nur verhalten die Rede. Ziemlich unbestimmt heißt es: »Betriebswirtschaftliche Rationalität und gesamtwirtschaftliche Vernunft, Markt und Staat und gesellschaftliche Regulation dürfen in Zukunftsentwürfen keine unüberwindbaren Gegensätze sein« (DGB-Programm: S. 20). Da schleicht die DGB-Katze um den heißen Brei ›Staat und Wirtschaft‹ sehr vorsichtig herum ...

Die im Grundsatzprogramm des DGB immer noch enthaltenen wirtschaftsdemokratischen Ideen werden von seinen Gewerkschaften und Repräsentanten nicht thematisiert. Es gibt auch keine Initiativen, die die Idee am Leben erhalten, sie – und darum geht es zunächst vor allem – ins gesellschaftliche Bewußtsein heben würden. In den Bildungsprogrammen der Einzelgewerkschaften finden sich keine Themen explizit zur Wirtschaftsdemokratie, weder historisch noch aktuell.

Eine *Ausnahme* bildete die *Gewerkschaft HBV*. In ihren *Programmatischen Grundlagen* vom Mai 2000 für den Diskussionsprozeß im Vorfeld der *ver.di*-Gründung (März 2001) heißt es: »Unsere gewerkschaftliche Vision beinhaltet eine durchgängige Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft«, was bedeute, »daß die Bürgerinnen aktiv an politischen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen teilnehmen können« und »daß die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen für alle gesellschaftlichen Bereiche gilt, auch am Arbeitsplatz, im Betrieb und in den Unternehmen«. Es geht auch explizit um »Kontrolle wirtschaftlicher Macht«. Inwieweit diese Forderungen von *ver.di* übernommen und aktiv verfochten werden, bleibt abzuwarten.

Überlegungen zur Demokratisierung der Wirtschaft äußerte *Horst Schmitthener*, für Sozialpolitik zuständiges geschäftsführendes Mitglied des IG Metall-Vorstands, der dort allerdings ein Einzelkämpfer zu sein scheint.³ Ansonsten gehen Gewerkschaften und ihre Führungskräfte bei Aktionen und Initiativen, die der Zukunft gewidmet sind, an der Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie als Voraussetzung sozialer Gerechtigkeit vorbei. So zum Beispiel das »Flagschiff« des DGB, die IG Metall, bei der am 10. Oktober 2000 eingeleiteten Aktion »*fair-teilen. Initiative für soziale Gerechtigkeit*«. In der dazu herausgegebenen Denkschrift⁴ wird soziale Gerechtigkeit auf »Beteiligung an allen gesellschaftlichen Entwicklungen (die im einzelnen nicht benannt werden – UP.) ... als grundsätzliches Recht jedes und jeder Einzel-

3 Auf der Konferenz im April 1999 zur 100-Jahres-Bilanz der Sozialdemokratie referierte *Schmitthener* zum Thema Wirtschaftsdemokratie. Er erklärte zwar, das Konzept sei eine sympathische, aber unrealistische bzw. problematische Losung, trug aber immerhin einige Überlegungen dazu vor: – vgl. Horst Schmitthener: Ein sozialdemokratischer Weg zur Wirtschaftsdemokratie?, in: A. Klönne, E. Spoo, R. Butenschön, (Hrsg.): Der lange Abschied vom Sozialismus. Eine Jahrhundertbilanz der SPD, Hamburg 1999, S. 143-145.

4 IG Metall-Vorstand: *fair-teilen. Initiative für soziale Gerechtigkeit*, Frankfurt/M. 2000 (Text: Gisela Pettersson); vgl. auch die Rezension von Heinz Schäfer in »UTOPIE kreativ«, H. 126.

nen« reduziert. Die dabei »in jedem Fall« erforderlichen »materiellen Voraussetzungen für gleiche Rechte« (erst dann bestünde »eine ›soziale Demokratie«) würden »durch die kritisierten Schiefagen bei der Verteilung von Volkseinkommen und -vermögen« sabotiert, und die Ursachen dafür lägen »sowohl in der herrschenden Politik als auch in den bestehenden Strukturen«, die einige Zeilen weiter als »unzeitgemäß« bezeichnet, aber an keiner Stelle benannt oder gar erläutert werden (*fairteilen*: S. 10).

Gewerkschaftliche Positionen zu sozialer Gerechtigkeit und Demokratie, die ihre Wurzel – die Ökonomie, die Verfügung über das Eigentum an Produktionsmitteln – offenlegen und damit *wirtschaftsdemokratische Ideen* aufgreifen, werden in diesem Land im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert vor allem im Rahmen des »Forums Gewerkschaften« der Hamburger Zeitschrift *Sozialismus* vertreten; so unter anderem von *Thomas Adler* und *Bernd Riexinger* in ihren 1998 vorgelegten *Thesen zur Bildung einer organisierten linken Strömung in den Gewerkschaften*. Sie wollen »eine Öffnung der gewerkschaftlichen Diskussion über neue Eigentumsformen, gesellschaftliche Regulierung, demokratische Kontrolle der Ökonomie, ein neues Verhältnis von Markt und Plan, kurz über neue fortschrittliche Formen der Vergesellschaftung auf dem heutigen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte«⁵.

Die aktuellen gewerkschaftlichen Positionen zum Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Demokratie in der Wirtschaft können wie folgt zusammengefaßt werden:

Erstens: Der *ethische Aspekt der Menschenwürde* als eine Grundlage der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ist noch präsent. Aber der gewichtigste Inhalt, der für die »alte« Arbeiterbewegung immer auch und vor allem in der *Freiheit von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten* bestand, wird kaum noch thematisiert.

Zweitens: Die *politökonomische Begründung* der sozialen Gerechtigkeit, in deren Zentrum die demokratischen Grundsätzen widersprechenden ungerechten Eigentumsverhältnisse standen und die deshalb auf eine veränderte – demokratische – Verteilung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln zielte, ist weitgehend aus dem Blick gerückt. Es geht nicht mehr um eine andere Verteilung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln, sondern vorwiegend um Verteilungsprobleme sekundärer Art. Es geht auch nicht mehr um demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Macht des Großkapitals, auch wird kaum noch an das im Grundgesetz festgeschriebene Gebot der Sozialpflichtigkeit dieses Eigentums erinnert, geschweige denn diese energisch – durch öffentliche, das Alltagsbewußtsein beeinflussende Aktionen und Initiativen – eingefordert. Das öffentliche Eigentum wird einigermaßen zahm noch verteidigt, aber ohne dafür die Öffentlichkeit zu mobilisieren.⁶

Als einzige Säule der Demokratisierung der Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft wird noch die Mitbestimmung der Lohnarbeitenden am Arbeitsplatz, im Betrieb und Konzern/Unternehmen gefordert. Unter Verweis auf Europäisierung und Globalisierung wurde die Forderung nach gesamtgesellschaftlicher Mitbestimmung im nationalstaatlichen Rahmen fallengelassen. Ideen einer »Sozialisierung von unten« werden von gewerkschaftlicher Seite nicht unterbreitet;

5 Sozialismus, H. 9, 1998; vgl. auch Ewald Wehner: Mitbestimmung oder Mitgestaltung? Die Auseinandersetzungen um ein neues Betriebsverfassungsgesetz und die Rolle der Hans-Böckler-Stiftung, in: Ebenda, H. 10., 1999; ders.: Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft. Thesen zur aktuellen Mitbestimmungsdiskussion, in: Ebenda, H. 2, 2000; Bernd Riexinger: Auswege aus der politischen Krise der Gewerkschaften, in: UTOPIE kreativ, H. 111.

6 Zur »Politik zum Erhalt der öffentlichen Wirtschaft« hatte der Landesbezirk des DGB Berlin-Brandenburg (1999) ein lesenswertes Memorandum *Für einen zukunftsorientierten und leistungsfähigen öffentlichen Wirtschaftssektor in Berlin* vorgelegt, in dem es abschließend heißt: »Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner fordern die Politik in der Stadt auf, im Sinne des Gemeinwohls verantwortlich mit öffentlichem Eigentum – dem Eigentum aller Bürgerinnen und Bürger – umzugehen, öffentliche Unternehmen nicht zu privatisieren, sondern sie statt dessen zu einem regional starken Wirtschaftssektor zu entwickeln, der die ökonomische Entwicklung der Stadt fördert, damit auch einer soliden Finanzpolitik nutzt und dem Gemeinwohl dient.« Jedoch hat das Memorandum (ebenso wie die von *Scholz* vorgelegten Thesen zur sozialen Gerechtigkeit) in der Berliner und Brandenburger Öffentlichkeit, auch in den Gewerkschaften, keine Rolle gespielt.

Idee und Praxis der Genossenschaften öffentlich nicht artikuliert und nicht unterstützt.

Drittens: Die *Verantwortung des Staates* ist inzwischen weitgehend auf die soziale Sicherung reduziert worden. Zwar wird seinem vollkommenen Rückzug aus der Wirtschaft widersprochen, aber seine Aufgabe, gegenüber dieser die gesamtgesellschaftlichen Anliegen (die gesamtwirtschaftliche Vernunft statt der eigensüchtigen Interessen der einzelnen Großkapitale) zu vertreten, bleibt diffus. Die diesbezüglichen konkreten Forderungen der früheren DGB-Grundsatzprogramme, insbesondere die nach Kontrolle der Konzern- und Bankenmacht durch staatliche und gesellschaftliche Gremien, werden nicht mehr öffentlich vertreten.

Alles in allem scheint der überwiegende Teil gewerkschaftlicher Führungskräfte das (offizielle) sozialdemokratische »Modernisierungskonzept« übernommen zu haben. Anstelle der bis 1989 verfochtenen Emanzipation der Lohnarbeitenden und mit ihnen der Gesellschaft vertreten viele von ihnen die »vertrauensvolle Zusammenarbeit« mit Vertretern des Kapitals im Sinne einer »Mitgestaltung des wirtschaftlichen Standorts Deutschlands«.7 Die dazu kritisch eingestellten Gewerkschafter haben bis jetzt, von Einzelideen abgesehen, noch keine »eigenen Konzepte« mit dem »Mut zur Utopie« (*Detlef Henschel*) vorgelegt.

7 Vgl. Bernd Riexinger: *Auswege ...*, a. a. O.; Jens Becker, Harald Jentsch: *Mitbestimmungsidee und Gewerkschaftspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, in: *UTOPIE kreativ*, H. 111; vgl. auch Frank Deppe: *Zäsuren im Übergang in das 21. Jahrhundert. Neue Herausforderungen für die Konstituierung einer gewerkschaftlichen Linken*, in: *Redaktion Sozialismus/Redaktion express* (Hrsg.): *Perspektiven der Gewerkschaftslinken – Diskussionen, Positionen, Materialien, Beilage zur Zeitschrift Sozialismus*, H. 7/8, 1999.

8 Vgl. Horst Dietzel: *Über den dritten Weg zur neuen Mitte? Eine Zäsur in der Entwicklung der SPD*, in: *Utopie kreativ*, H. 107.

9 Vgl. *Dritte Wege – Neue Mitte. Sozialdemokratische Markierungen für Reformpolitik im Zeitalter der Globalisierung*, Bonn/Berlin 1999.

Die SPD: für »modernisierte Gerechtigkeit durch Ungleichheit«

Im noch gültigen Berliner Programm der SPD von 1989 heißt es, daß »die Würde des Menschen und die soziale Gerechtigkeit (eine) Demokratisierung der Wirtschaft (verlangen)«, und in der Wirtschaftsdemokratie »gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung (haben). Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen der Politik den Handlungsrahmen vorgeben, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln setzen« (SPD-Programm: S. 41).

Von alledem ist bei der offiziellen SPD heute keine Rede mehr. Dafür steht ein Kommentar zum Blair-Schröder-Papier⁸ der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD vom September 1999.⁹ Darin bildet nicht mehr die im Berliner (wie schon im Godesberger) Programm enthaltene ethische Wertetrias »Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität« den Ausgangspunkt.

Nunmehr ist es ein »magisches Vieleck«: »Fairneß, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung«, das ebenso ernst genommen werden soll wie »wirtschaftliche Effizienz und ökologische Nachhaltigkeit« (Kommentar: S. 28). Bei einer solchen Verlagerung der Motivation und des Schwerpunkts sozialdemokratischen Wirkens muß »ein modernes Verständnis von sozialer Gerechtigkeit« her, und dieses lautet: »Unterschiede in Einkommen und Vermögen sind in dem Maße gerechtfertigt, wie sie Leistungen fördern, die letzten Endes den Freiheitschancen aller ... zugute kommen und die daher auch der freien Zustimmung aller fähig sind« (Kommentar: S. 30). Soziale Gerechtigkeit könne nicht bedeuten »die schlichte Herstellung von Vermögens- und Einkommensgleichheit« oder »die simple Formel, daß sozial gerecht ist, was die

Einkommens- und Vermögensungleichheit verringert« (Kommentar: S. 29).¹⁰ Wirtschaftsmacht aufgrund ungerechter, undemokratischer Eigentumsverhältnisse als Boden von Chancenungleichheit und Ungerechtigkeit werden von der SPD offiziell nicht mehr vertreten. Zur »Modernisierung der Wirtschaft« gehört nicht mehr deren Demokratisierung – entsprechend ist *Wirtschaftsdemokratie kein Thema* (selbst der Begriff kommt nicht vor).

Dem entspricht bezeichnenderweise eine unbestimmte, fast verschämte Begrifflichkeit des Dokuments: Es geht um »weniger Begüterte«, um »untere soziale Schichten«, »Privilegierte«, »Bessergestellte«, »Reiche«, »Vermögende«, »Starke«. Die Begriffe »Kapitalismus«, »Konzerne«, »Eigentum an Produktionsmitteln« kommen nicht vor, dafür stehen: »Markt«, »Marktwirtschaft«, »Produktivvermögen«.¹¹

Die SPD sieht sich noch immer in der Tradition der Linken, indem sie verbal am *Primat der Politik* festhält (Kommentar: S. 32). Aber die politische Verantwortung des Staates wird nun eingeschränkt auf die Gebiete Recht und Bürgersicherheit, Bildung und Wissenschaft, Infrastruktur und Kultur sowie soziale Sicherheit.¹² Für die heutige Führung der SPD gilt offenbar, daß sie sich von der sozialdemokratischen Ur-Idee verabschiedet hat, soziale Gerechtigkeit herbeizuführen und dafür eine grundlegende, die Eigentumsverhältnisse einschließende Demokratisierung der Gesellschaft, darunter in erster Linie der Wirtschaft, anzustreben.

Gegen die Revision sozialdemokratischer Grundideen durch heutige Führungskräfte der SPD wenden sich nicht wenige in dieser Partei aktive, ihr nahe stehende oder mit ihr früher verbundene Wissenschaftler und Publizisten. Sie halten an der Tradition der Arbeiterbewegung fest, die Gesellschaft als Ganzes, das Wohl des Gemeinwesens, der Allgemeinheit im Blick zu haben und Partei zu ergreifen für die »politische Ökonomie der Arbeitskraft«.¹³ Sie widersetzen sich dem Paradigmenwechsel, den die SPD-Führung vom Berliner Programm zu neoliberalen Positionen vollzogen hat¹⁴, und verbinden auch und gerade angesichts der Probleme, die der Umbruch in den Produktivkräften auf allen Feldern des gesellschaftlichen Lebens hervorruft, die geforderte soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftsdemokratischen Ideen. So wird in den *Bremer Beiträgen zum neuen Grundsatzprogramm der SPD* festgestellt, daß »Wirtschaftsdemokratie ... die zentrale Herausforderung des vor uns liegenden Jahrhunderts (ist)«¹⁵.

Ethisch bleiben wirtschaftsdemokratische Ideen vom traditionell angestrebten Allgemeinwohl und der Emanzipation des Einzelnen gegen das egoistische Profitstreben auf Kosten der Vielen motiviert.¹⁶ Die konkreten Aussagen linksorientierter sozialdemokratischer Wissenschaftler zur Demokratisierung der *Wirtschaft* stehen in diesem Zusammenhang. Sie drehen sich vor allem um die notwendige staatliche und/oder gesellschaftliche Kontrolle und Regulation wirtschaftlicher Abläufe und um den weiteren Ausbau der Mitbestimmung.

Jochim Schuster hält das Konzept der Wirtschaftsdemokratie für ein wesentliches Element alternativer Regulation, auch unter heutigen Bedingungen der weiteren Internationalisierung und der fortschreitenden neuen (>postfordistischen<) Produktions- und Arbeitsweise, die »die gewachsenen Ansprüche der Bevölkerung an umfassender Partizipation mit den Anforderungen des neuen Akkumulationsregimes

10 Birgit Mahnkopf hat diese gewordenen Sätze prägnant zusammengefaßt in: Birgit Mahnkopf: Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus, in: Prokla, H. 4 (Dezember 2000).

11 Um so reichhaltiger werden Fremdwörter gebraucht, so daß die Verfasser sich veranlaßt sahen, ein Glossar anzufügen.

12 Vgl. auch Michael Felder: Verwaltungsmodernisierung, die Transformation von Staatlichkeit und die neue Sozialdemokratie, in: UTOPIE kreativ, H. 121/122.

13 Vgl. Oskar Negt: Warum SPD? 7 Argumente für einen nachhaltigen Macht- und Politikwechsel, Göttingen 1998; Rudolf Hickel, Interview, in: Ausblick, MitgliederMagazin der HBV, H. 3/2000.

14 Birgit Mahnkopf: Formel 1 ..., a. a. O. Susi Möbbeck: Was bleibt vom Berliner Programm?, in: spw, H. 99; Oskar Negt: Für einen alternativen Begriff gesellschaftlicher Vernunft. Kritische Anmerkungen zum Entwurf für ein neues DGB-Grundsatzprogramm, in: spw, H. 89; Peter v. Oertzen: Zwischen Tradition und Modernisierung. Otto Brenner und die moderne deutsche Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 1, 1998.

15 Bremer Beiträge zum neuen Grundsatzprogramm der SPD, Bremen (November) 2000, S. 25; vgl. auch Fritz Vilmar: Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff einer

alternativen Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren, in: Der Wohlstand der Personen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn, Marburg 1999: Wirtschaftsdemokratie sei »der Inbegriff ökonomischer Strukturen und Verfahren, durch die an die Stelle autoritärer Entscheidungen demokratische treten« (S. 189), legitimiert durch Partizipation Betroffener und des Staates; sie sei kein Gegenkonzept zur Marktwirtschaft, aber primär am Gemeinwohl orientiert.

16 Vgl. Oskar Negt: Für einen alternativen Begriff ..., a. a. O., S. 19; Rudolf Hickel: Interview, in: Ausblick, Mitgliedermagazin der HBV, H. 3/2000.

17 Vgl. Joachim Schuster: Wirtschaftsdemokratie – Kernelement einer linken Reformalternative, in: UTOPIE kreativ, H. 93.

18 Vgl. Uwe Kremer: Moderner Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie, in: spw, H. 100, S. 25.

19 Vgl. Susi Möbbeck: Was bleibt ..., a. a. O.; Oskar Negt: Wir müssen noch einmal von vorn anfangen (Interview), in: Neues Deutschland, 31. Dezember 1999; Rudolf Hickel: Neuverschuldung – um die Konjunktur nicht zu killen (Interview), in: Neues Deutschland, 10. November 1998.

20 Oskar Negt: Die fünf großen Krisen. Verwerfungen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 5/2000, S. 605.

verbindet und gleichzeitig die Notwendigkeit der Gegenmachtbildung gegen die vorherrschenden Kapitalinteressen im Blick behält«¹⁷. *Joachim Schuster* und *Uwe Kremer* plädieren dafür, die Idee der Wirtschafts- und Sozialräte, 1981 - 1989 von DGB-Gewerkschaften als zentrale wirtschafts- und sozialpolitische Beratungs- und Steuerungsgremien gefordert, wieder aufzunehmen, wobei es darum ginge, nicht neue Gremien oder Bürokratien zu bilden, sondern vorhandene Strukturen – vor allem die Industrie- und Handelskammern – zu demokratisieren, »um Bereiche wie Innovationsberatung, Technologieförderung und Weiterbildung, aber auch die Tätigkeit von staatlichen Regionalbehörden ... einem regional-demokratischen Einfluß zu unterwerfen und damit den Unterbau für eine demokratische Modernisierung der Volkswirtschaft zu schaffen«¹⁸.

Andere sozialdemokratische Wissenschaftler befassen sich vor allem mit der Verpflichtung und den Möglichkeiten des nationalen Staates, soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftsdemokratischen – und gesetzlichen – Mitteln herbeizuführen. *Susi Möbbeck* will im Programm der SPD am emanzipatorischen Charakter des Sozialstaates festhalten; *Oskar Negt* meint, »die Erfüllung der Ideen der Gerechtigkeit muß staatlich legalisiert« werden; *Rudolf Hickel* spricht von der »Pflicht des Staates«, die Wirtschaft – auch europaweit – zu koordinieren und ihr einen Gesamtrahmen vorzugeben.¹⁹ Generell meint *Oskar Negt*, daß die Veränderungen in der »Arbeitswelt« und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit nicht anders zu bewältigen seien als »durch schwerwiegende Eingriffe in die bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen«.²⁰ *Frank Deppe* hält politische Eingriffe in die Verfügungsgewalt über Kapitaleigentum für nötig – gesetzliche Regelungen zur Demokratisierung der Wirtschaft, der nationalen Ökonomie und der transnational wirkenden Konzerne für erforderlich.²¹ In die gleiche Richtung zielen die Aussagen von *Rudolf Hickel* und *Michael R. Krätke*.²²

Die zitierten Wissenschaftler plädieren nicht nur dafür, den öffentlichen Wirtschaftssektor zu erhalten²³, sondern auch für eine konkrete Utopie²⁴. In den Zusammenhang einer solchen, ohne demokratische Veränderungen in der Wirtschaft nicht denkbaren Utopie ordnen sich ihre Gedanken über die notwendige »Umkehr der Blickrichtung« ein. »Es ist notwendig, die ökonomischen Vorgänge ... von unten her zu betrachten; vom Schicksal der lebendigen Arbeitskraft, den Bedürfnis- und Interessenstrukturen lebendiger Menschen«, meint *Oskar Negt*. Wir seien aufgefordert, darüber nachzudenken, »wie sich ein neues Gemeinwesen von unten bilden kann«, darüber, wie über »neue Lebensformen« die Gesellschaft umgekrempelt, gerechter gestaltet werden kann.²⁵ Von einer anderen Überlegung her, aber wohl in die gleiche Richtung denkt *Detlev Albers*: Im wirtschaftsdemokratischen Europa müsse der Beteiligung, Aktivierung und Mitbestimmung der Bürger ein zentraler Platz eingeräumt werden, wofür die Informations-gesellschaft neue Möglichkeiten erschließe; eine »vitale europäische Bürgergesellschaft« sei nötig, um den »Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft« zu erreichen.²⁶

In einer Rede im Dezember 1995 forderte *Oskar Negt* die Gewerkschaften auf, zwischen zwei Ökonomien zu unterscheiden: neben der vom egoistischen Profitstreben bestimmten Ökonomie, die einer Min-

derheit dient und »von der Plünderung des Gemeinwesens« lebt, gibt es eine zweite, die »zu ihrer regulativen Idee das Wohl und Wehe des Gemeinwesens« hat, eine »Ökonomie des ganzen Hauses ist«. ²⁷ Nichts anderes meint Wirtschaftsdemokratie.

Die PDS: für soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung der Wirtschaft

Wie steht die PDS zur sozialdemokratischen ›Ur-Idee Wirtschafts-demokratie‹? Diese Frage erhält ihre besondere Spannung vor allem daraus, daß die PDS wie die SPD aus der Arbeiterbewegung kommt und sich – anders als die SPD heute – ausdrücklich als demokratisch-sozialistische Partei versteht.

Das gültige Programm der PDS vom Januar 1993²⁸ enthält Aussagen mit Bezug auf die Ur-Idee, nur sind sie nicht so prägnant und konzentriert formuliert wie im Berliner Programm der SPD von 1989.

Der *ethische Gesichtspunkt* der Menschenwürde bildet hier nicht den Ausgangspunkt, sondern die gegenwärtigen *Bedrohungen der Zivildisziplin*, die der *kapitalistischen* Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise entspringen. Es müsse »darum gehen, die von Profit(streben) und Kapitalverwertung bestimmte Entwicklung der Volkswirtschaften und der Gesellschaften zugunsten einer Entwicklung zu überwinden, die von der Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen geprägt ist«, wobei besonders »die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums« zugunsten der »Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen« überwunden werden müsse.²⁹ Die »alternativen Entwicklungswege« (Kapitel 4) setzen auf *allseitige Demokratisierung der Gesellschaft*. Die *Wirtschaft* sei »sozial und ökologisch« umzugestalten; die dafür notwendige Voraussetzung – die Entscheidungsstrukturen in ihr zu demokratisieren – ist nicht ausdrücklich genannt. Inhaltlich taucht die Forderung, sehr allgemein formuliert, auf: Die wirtschaftliche Entwicklung soll demokratisch kontrolliert und gesteuert werden – von wem und wie, bleibt offen. Die *Anforderungen an den Staat*, speziell die Wirtschaft betreffend, sind nicht explizit, eher versteckt formuliert.

Viel präziser und konkreter im Sinne der Ur-Idee sind die Thesen der Programm-Kommission der PDS zur programmatischen Debatte vom November 1999.³⁰

Der *ethische Aspekt* der Menschenwürde ist angesprochen im Zusammenhang mit dem Sozialismusverständnis und der angestrebten Emanzipation des Menschen, die die verwirklichte Einheit seiner politischen und sozialen Rechte ermöglicht. Deshalb ist soziale Gerechtigkeit im Verständnis der Thesen *der Grundwert* des Sozialismus und soziale Gleichheit deren Kern – diese verstanden nicht als Gleichmacherei, sondern als überwundene soziale Ungleichheit.

Den *politökonomischen Aspekt* einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft verbinden die Thesen-Autoren, wie schon das PDS-Programm (und gewerkschaftliche Äußerungen), mit »mehr Demokratie am Arbeitsplatz, in Betrieben und Unternehmen«, wobei die Mitbestimmung der Betriebsräte auch auf wirtschaftliche Angelegenheiten ausgeweitet werden soll. Ohne Mitbestimmung in Unternehmen bleibe die Demokratie unvollständig, aber – und da bleiben die PDS-Thesen den vormaligen Vorstellungen der Gewerkschaften und

21 Vgl. Fank Deppe: *Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert*, Köln 1997, S. 192/193.

22 Vgl. Rudolf Hickel: *Neuverschuldung ...*, a. a. O.; Michael R. Krätke: *Nach 20 Jahren – Umbrüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Perspektiven der Linken* (1. Teil), in: spw, H. 107, S. 59.

23 Vgl. Uwe Kremer: *Moderner Sozialismus ...*, a. a. O., S. 24; Joachim Schuster: *Wirtschaftsdemokratie ...*, a. a. O.; *Rudolf Hickel* plädiert dafür, öffentliche Investitionen, auch einen öffentlichen Beschäftigungssektor, vom Staat zu schaffen und zu finanzieren (zit. nach: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 5/2000, S. 638); *Frank Deppe* fordert unter Bezug auf *Robert Heilbroner*, daß aus dem öffentlichen Sektor Lösungen und Gegenmaßnahmen für Probleme kommen müssen, die im privaten Sektor entstehen (Fank Deppe: *Fin de Siècle ...*, a. a. O., S. 129).

24 Vgl. Fank Deppe: *Fin de Siècle ...*, a. a. O., S. 176; Oskar Negt: *Wir müssen noch einmal ...*, a. a. O.; Ders.: *Die fünf großen Krisen ...*, a. a. O., S. 605; Michael R. Krätke: *Nach 20 Jahren ...*, a. a. O., S. 59.

25 Vgl. Oskar Negt: *Wir müssen noch einmal ...*, a. a. O.; *Ende oder Anfang einer Utopie? fragt Oskar Negt*, in: *Frankfurter Rundschau*, 17. März 1990. Er sei überall, wo er redete, auf »ein intensives Interesse an Perspektiven, an utopischen Entwürfen, an unkonventioneller Organisationsphantasie« getroffen; die Menschen wollten in dem »fragmentierten Durcheinan-

der der Gesellschaft die Vorstellung eines Ganzen angeboten bekommen. Selbst ein nicht ganz schlüssiges und zutreffendes Ganzes ist besser als die zerfaserte Wirklichkeit, wie sie die Welt der Medien anbietet und wie sie jeder in seinem Alltag ohnehin erfährt. Herstellung von Zusammenhang ist eine Anforderung, die an die politische Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft zu stellen ist« – Oskar Negt: Für einen alternativen Begriff ..., a. a. O., S. 20.

26 Detlev Albers: Sozialdemokratie und der Handlungsraum Europa. Über Not und Notwendigkeit der neuen Programmatik (Thesen vom Oktober 1999), (Mimeo).

27 Oskar Negt: Für einen alternativen Begriff ..., a. a. O., S. 19.

28 Hier zitiert nach: Partei des Demokratischen Sozialismus. Programm, Berlin 1998.

29 Auf welchem Wege das geschehen soll, ob durch Demokratisierung (»Vergesellschaftung«) der »Verfügung über das Eigentum« – an Produktionsmitteln – oder durch »Umwandlung ... in gesamtgesellschaftliches Eigentum« (Nationalisierung/Verstaatlichung auf dem Wege der umfassenden Enteignung), ist in der Partei umstritten.

30 Hier zitiert nach: Presse- und Informationsdienst des Parteivorstandes der PDS, Berlin, Sonderheft, (23.) November 1999.

31 Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Reform-Alternativen: sozial – ökologisch – zivil, Berlin 2000, S. 70.

der Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie treu: »Demokratisierung der Wirtschaft geht über Mitbestimmung von Belegschaften in ihren Unternehmen hinaus. Sie muß letztlich darauf zielen, die Eigentumsstrukturen zu verändern, um die Ungleichverteilung wirtschaftlicher Macht und die daraus resultierende Dominanz der Kapitalinteressen einzuschränken und die Basis für gesellschaftliche Kontrolle und Regulierung im Interesse der Menschen zu eröffnen und zu erweitern« (Thesen: S. 22).

Im Abschnitt *Neue Regulationsweise* (Thesen: S. 20f.) geht es (ohne daß es so gesagt wird) um *weiterentwickelte Ideen zur Wirtschaftsdemokratie*. Eine für das Überleben der Menschheit und die Lösung anstehender sozialer und ökologischer Probleme notwendige »neue Entwicklungsweise« bedürfe »einer veränderten wirtschaftlichen Regulation und institutioneller Reformen, ohne die neue Trends eines sozialen und ökologischen Umbaus nicht gestaltbar sind. Der ökonomische Kern des Übergangs zu einer neuen Regulationsweise ist die Überwindung der Profitdominanz.« Nichts anderes meint die Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie. *Es geht um eine demokratische, am Allgemeinwohl orientierte Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftstätigkeit*. Sie kann auch »neue (demokratische) Regulationsweise« genannt werden.

In diesem Zusammenhang sind in den Thesen (auch im Vergleich zum Berliner SPD-Programm) weiterführende Aussagen zur Demokratisierung der Verfügung über Kapitaleigentum formuliert: »Jeglicher Einfluß von Staat und gesellschaftlichen Akteuren auf die Verfügung über das Kapitaleigentum, über die Mittel der Wirtschaft, auf die Ziele ihrer Anwendung, auf die Bedingungen von Produktion und Dienstleistungen sowie auf die Verteilung ihrer Ergebnisse ist Eingriff in den kapitalistischen Aneignungsprozeß, in das Kapitaleigentum.« Die »heute zugunsten der ökonomisch Mächtigen vorherrschende Richtung solcher Eingriffe« müsse umgekehrt werden (Thesen: S. 20). Im Maße erfolgreicher Reformen wird eine neue Regulierung möglich. Es werden drei Richtungen solcher Regulationsweise umrissen, darunter Zuwachs staatlichen Handelns sowie »Stärkung und rechtliche Institutionalisierung des Einflusses von unten auf (Entscheidungen in – UP.) Staat und Wirtschaft« (Thesen: S. 21).

Es geht beim »Aufbrechen von Herrschaftsstrukturen«, der »Vorherrschaft der Kapitalverwertung« unter anderem darum, mit den (dort beschriebenen) »Maßnahmen zur Wirtschaftsdemokratie« Schritte zu einer wirksamen Kontrolle internationaler Konzerne, auch auf europäischer Ebene, zu gehen. Dabei bleibe »der nationalstaatliche Rahmen nach wie vor und auch noch auf absehbare Zeit maßgebliche Handlungsebene sozialistischer Politik«. Dem entsprechend erhalte *staatliches Handeln* einen Bedeutungszuwachs und müsse »mit emanzipatorischen Gestaltungsansprüchen« verbunden sein.

Im Jahr 2000 gab die PDS-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung den Band *ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil* heraus, dessen Aussagen mit denen der Thesen vom November 1999 weitgehend übereinstimmen.³¹ Die Grundintention linker Alternativen – demokratisch – fehlt im Titel. Zu den Eigentumsfragen heißt es dort, daß es wahrscheinlich auf diese »nicht eine einzige Antwort« gebe. »Wir halten für das Entscheidende, die Verfügung über das Kapitaleigentum in demokratischen Reformen nach und nach einschneidend zu verän-

dem. Dies ist Veränderung der Eigentumsverhältnisse« (ReformAlternativen: S. 76). Gegen Ende des Bandes – im vorletzten Kapitel – wird schließlich am Kapitelschluß Wirtschaftsdemokratie (auch in der Abschnittsüberschrift) ausdrücklich thematisiert – als »Ausdehnung der Partizipation über die staatliche Ebene hinaus« (ReformAlternativen: S. 320 ff.). Wirtschaftsdemokratie bedeute, heißt es da ganz in der Tradition »klassischer« wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen, »demokratische Rechte, Einflußnahme und Teilhabe nicht auf die politische Sphäre und auf die Bereiche außerhalb der Wirtschaft zu begrenzen, sondern sie auch auf die Wirtschaft, auf die Erwerbsarbeit als entscheidende Lebenssphäre der Menschen zu erweitern und inhaltlich auszufüllen« (ReformAlternativen: S. 321).

Mitbestimmung könne als Hauptinhalt der Wirtschaftsdemokratie angesehen werden, letztere gehe aber vor allem in zweifacher Beziehung über die Erstgenannte hinaus: Sie sehe Veränderungen in den Eigentumsstrukturen vor, »um die Ungleichverteilung wirtschaftlicher Macht und die darauf beruhende Dominanz der Kapitalinteressen einzuschränken und die Basis für eine gesellschaftliche Kontrolle und Regulierung im Interesse der Menschen zu erweitern« – hierzu gehöre »die Stärkung verschiedener Formen des öffentlichen oder Gemeineigentums«. Und es geht bei ihr um gesamtwirtschaftliche Ziele und Lösungen. (ReformAlternativen: S. 322, 324)

In der weiteren Diskussion wäre diese Aussage mit den Ausführungen zur »neuen Regulationsweise« zusammenzuführen und nicht zuletzt die immer wieder auftauchenden Begriffe »gesellschaftliche Regulierung« und »gesellschaftliche Akteure« zu konkretisieren, wobei möglicherweise *eine moderne Variante der Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie* unter dem Begriff »*gemeinwohlorientiertes demokratisches Wirtschaften*« formuliert werden könnte.

In weiteren Publikationen aus dem Umkreis der PDS stehen bei wirtschaftspolitischen Themen im Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie besonders zwei Themen im Vordergrund: das Eigentumsproblem und demokratisches »Wirtschaften von unten«.

Bezogen auf das Eigentumsproblem meint *Uli Schöler* (SPD), heute verliere »die von Marx und Engels ... in den Mittelpunkt gestellte »Eigentumsfrage« ihre Zentralität«. Er argumentiert zum einen mit der nach dem Scheitern des Realsozialismus erwiesenen Unabdingbarkeit und Reformfähigkeit von Marktssystemen »auf der Basis von gemischten Eigentumsformen, das heißt vor allem auch von privatem Eigentum an Produktionsmitteln«³², und zum anderen mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion in kapitalistischen Großunternehmen, an der »das Individuum mit einem entwickelten Wissens-, Kenntnis- und Ausbildungsstand ... beteiligt« sei.³³

Während dem ersten Argument grundsätzlich zugestimmt werden kann – mit der notwendigen Präzisierung, daß beim »privaten Eigentum an Produktionsmitteln« zwischen kleinem, mittlerem und Großeigentum zu unterscheiden ist und es beim letzteren um gesamtgesellschaftlich relevantes Eigentum an/in (alten und neuen) Schlüsselindustrien geht –, wird das zweite von der Wirklichkeit in Frage gestellt. »Die Möglichkeit zur Gestaltung des Arbeitsprozesses« usw. ist nur dem »eingerräumt«, der Arbeit hat, und das hängt auch heute davon ab,

32 Vgl. Uli Schöler: Aktualität und Zukunft des Marxschen Denkens, in: UTOPIE kreativ, H. 120, S. 957.

33 Uli Schöler: Ein Geistesgenosse verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Bonn 1999, S. 177.

ob er ökonomisch abhängiger Lohnarbeitender oder in seinen Entscheidungen, auch über Vergabe oder Entzug von Arbeitsplätzen, weitgehend freier Eigentümer an Produktionsmitteln (beziehungsweise dessen Vertreter oder Beauftragter) ist. Der »Skandal der Massenarbeitslosigkeit« zeigt an, wie zentral das Eigentumsproblem heute nach wie vor ist. Und übrigens lernen die Ostdeutschen seit zehn Jahren nichts so gründlich und so hautnah wie die absolute Zentralität des Eigentums, und das sowohl aufgrund der Arbeits- (weil Eigentums-) losigkeit als auch des (gegen *Uli Schöler* schlagenden) Prinzips »Rückgabe (des Eigentums) vor Entschädigung«.

34 Vgl. Workshop der Bundestagsfraktion der PDS (Neues Deutschland, 13. März 2000); Hans Luft: Das Eigentum und ein Einspruch gegen den Verkauf öffentlicher Unternehmen, in: Neues Deutschland, 23./24. Januar 1999.

35 Vgl. AG Wirtschaftspolitik beim PV der PDS (Hrsg.): Beiträge zur Wirtschaftspolitik. Positionen der PDS zur Wirtschaftspolitik. Analysen und Vorschläge, H. 5/6, 1999, darin Harry Nick zur Eigentumpolitik, S. 73 ff.

36 Harald Werner: Anmerkungen über Gesellschaftsvertrag, Klassenkompromiß und Wirtschaftsdemokratie am Ende einer Epoche, in: Harald Werner (Hg.): Wirtschaftsdemokratie. Eine alte Antwort neu befragt, Bonn 1994, S. 72.

37 Edda Seifert: Sozialisten und Rapsmühlen, in: Neues Deutschland, 8. Januar 2000.

38 Judith Dellheim: Wirtschaftspolitik der PDS ›von unten‹. Konzepte sind daran zu messen, ob sie konkrete Veränderungen ermöglichen, in: Neues Deutschland, 25. Februar 2000.

39 Harry Nick: Zur Eigentumpolitik der PDS (Thesen vom Februar/März 2000 für die Diskussion in der Grundsatzkommission der PDS), S. 4f. (Mimeo).

Ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt der PDS-Positionen zum Eigentum ist (hier stimmen sie mit *Schöler* und Genossen überein) die Akzeptanz der Vielfalt von Eigentumsformen, wobei besonders Genossenschaften und öffentliches (kommunales, Länder- und Bundes-) Eigentum als gemeinschaftliche Eigentumsformen – und darüber hinaus kleine und mittlere Unternehmen – unterstützt und gefördert werden sollen.³⁴ In diese Überlegungen reiht sich auch das Konzept eines öffentlich finanzierten/geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) ein, der zugleich unter wirtschaftsdemokratischen Aspekten als Form öffentlichen, gemeinschaftlichen Wirtschaftens, verbunden mit »Engagement von unten«, gesehen wird.³⁵

Beim demokratischen »Wirtschaften von unten« geht es um die »Verlagerung der Steuerungs- und Entscheidungsbefugnisse in die Gesellschaft«. Berührungspunkte beziehungsweise inhaltliche Übereinstimmungen mit der von sozialdemokratischen Autoren beschriebenen »Bürgergesellschaft«, »Blick von unten« sind unübersehbar. Um anstehende ökologische und soziale Umbauprozesse zu realisieren, müsse durch Demokratisierung der Wirtschaft und der ganzen Gesellschaft »mehr gesellschaftliche Kreativität und Dynamik« erschlossen werden, und dafür sei die aktive Teilnahme breiter Kreise der Bevölkerung notwendig. »Institutionen dieses Demokratietyps (müssen) letztendliche Entscheidungsorgane über öffentlich vorbereitete Alternativen sein.«³⁶

Konkreter werden da schon einige Wortführer der Debatte: *Edda Seifert* fordert zum Beispiel, »praktische Kraft in das Entstehen von Keimzellen einer neuen Produktionsweise beziehungsweise in die Unterstützung bereits vorhandener zu investieren«. »Die Alternative muß als Realität einer anderen Wirtschaftsweise an der Basis der Gesellschaft wachsen ...«³⁷

Unter einem etwas anderen Aspekt plädiert *Judith Dellheim* für eine »Wirtschaftspolitik der PDS von unten«: Man sollte sich »darüber verständigen, wie die Wirtschaftspolitik zu gestalten ist, um Gruppen, Akteure und Initiativen zu organisieren und zu unterstützen, die konkrete soziale, ökologische und globale Probleme lösen wollen«³⁸. Nach *Harry Nick* sind »Strategien ... einer ›Wirtschaft von unten‹ (nötig), die ganz selbstverständlich sowohl gemeinwesenorientierte Unternehmen wie auch die kleinen und mittleren Unternehmen einschließen«³⁹.

Verallgemeinernd meinen *Joachim Bischoff* und *Hasko Hüning*, daß es sowohl für die PDS als auch für die Gewerkschaften darum ginge, gemeinsam mit der Sozialdemokratie, deren Reformpotential freizusetzen wäre, und den durch sie repräsentierten sozialen Schichten eine

andere Entwicklungsrichtung der Gesellschaft – *Kontrolle ökonomischer Macht und gemeinwohlorientierte Regulierung der Ökonomie* – zu eröffnen.⁴⁰

Reale Chancen und Ansätze für wirtschaftsdemokratische Idee und Praxis

Wirtschaftsdemokratische Überlegungen können sich auf objektive Tendenzen und Realitäten in der kapitalistisch bestimmten Gegenwartsgesellschaft stützen. Nach *Uli Schöler*: Es lasse sich heute »schon feststellen, daß im Schoße dieser alten Gesellschaft Voraussetzungen heranreifen, die über sie hinausweisen – ›Vergesellschaftungstendenzen‹ von oben wie von unten«. Mit »von oben« beschreibt er »eine Tendenz, die zwingend gesellschaftliche Entscheidungen erheischt«; »von unten« heißt bei ihm »in den gesellschaftlichen Arbeitsbeziehungen«. Nicht zuletzt deshalb hält er die »Neuvermessung des ›Gesellschaftlichen‹«⁴¹ für notwendig. Die folgenden vier Tendenzen beziehungsweise Realitäten sollten in einem solchen Zusammenhang gesehen werden.

Zum *ersten* sind es *Tendenzen in der modernen Produktivkräfteentwicklung*, die – nach *Marx*⁴² – in Richtung auf die Herausbildung von Keimen einer sozialistischen Alternative innerhalb des heutigen Kapitalismus weisen. *Hans-Gert Gräbe* verweist zunächst generell auf die »Austrocknung des zivilgesellschaftlichen Substrats« durch den Neoliberalismus in den neunziger Jahren, was die Frage aufwerfe, »ob neoliberale Politik nicht eher das auf die Spitze getriebene Alte als der Beginn einer neuen Epoche ist«, der »große Krach« also nicht hinter uns liege, sondern noch bevorstünde; und weiter: »ob die aktuellen technologischen Umbrüche noch einmal in primär am Profit orientierten Formen der Produktionsorganisation stabil aufgefangen werden können oder diesmal Grundpfeiler kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse erschüttert werden«. Es gebe genügend Anzeichen dafür, »daß der Stand der Produktivkräfte die Transzendierung dieser Strukturen auf die Tagesordnung« stelle.⁴³

Uwe Kremer stellt noch weitere »sozialistische Potentiale« im heutigen Kapitalismus fest, worunter er vor allem »Elemente gemeinschaftlicher Regelungen« versteht. Auch er geht von Veränderungen in der Produktivkraftentwicklung beziehungsweise in der kapitalistischen Akkumulation aus. Der moderne Kapitalismus bringe auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technologie, der Qualifikation und der kulturellen Kompetenz, der individuellen Ansprüche wie auch der ökonomischen Regulierung Potentiale hervor, die eine demokratische und verantwortlich-bewußte Gestaltung von Produktion und Konsumtion erfordern und ermöglichen. Formationstheoretisch betrachtet, scheinen »erst jetzt die Elemente und Potentiale einer sozialistischen Produktionsweise heranzureifen«.⁴⁴

Zum *zweiten*: *Die soziale Basis für demokratische Veränderungen in der Wirtschaft wird breiter*. Nicht wenige Autoren beziehungsweise Gruppen ziehen aus den Problemen, vor denen die Menschheit steht, den Schluß, daß die kapitalistische Produktionsweise an ihre physischen Grenzen stößt mit der Folge, daß die soziale Basis für demokratische (gemeinschaftliche) Veränderungen breiter werde – breiter als die traditionelle Arbeiterbewegung. Damit werden *gemeinsame*,

40 Vgl. Joachim Bischoff, Hasko Hüning: Zwischen Sozialdemokratie und Deutschtümelei? Die neue PDS nach Cottbus, in: Sozialismus, H. 11/2000, S. 9.

41 Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand ..., a. a. O., S. 266 ff.

42 »Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.« Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW, Bd. 13, S. 9.

43 Vgl. Hans-Gert Gräbe: Nachdenken über Sozialismus: das Open-Source-Projekt, in: UTOPIE kreativ, H. 117.

44 Vgl. Uwe Kremer: Moderner Sozialismus ..., a. a. O., S. 21; ähnlich auch Ulrich Weiß: Marx und der mögliche Sozialismus, in: UTOPIE kreativ, H. 120. Zu demokratischen Potenzen der Regionalwirtschaft vgl. Crossover (Hrsg.): Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive, Münster 2000; zur Mitbestimmung in der regionalen und kommunalen Wirtschaftspolitik Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): ReformAlternativen ..., a. a. O., S. 325.

45 Vgl. Manifest »Für eine Soziale Republik Europa und internationale Solidarität« der sozialistischen und sozialdemokratischen Linken vom 7. November 1999, in: spw, H. 110, S. 47-49.

46 Carola Möller, Brigitte Bleibaum, Ulla Peters, Lilo Steitz, Alena Wagnerowa: Wirtschaften für das »gemeine Eigene«. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Berlin 1997.

47 Vgl. Interessengemeinschaft Arbeit, Gesundheit und Soziales bei der PDS (Hrsg.): Anders leben, anders arbeiten – Genossenschaften in sozialer und ökologischer Verantwortung (Tagungsbericht), Berlin (Mai) 2000. Zum ÖBS vgl. »Bete und Arbeite«, in: Neues Deutschland, 29./30. Mai 1999; Mehr Masse oder mehr Klasse (Diskussion), in: Neues Deutschland, 11. Februar 2000; Jörg Nieldt, Mathias Brodkorb: Ausbau der Zivilgesellschaft. Non-Profit-Organisationen und Dritter Sektor. Beilage zur Zeitschrift Sozialismus, H. 9/2000. Bettina Parry: Wenn die Kumpel ihre Zeche selbst betreiben, in: Neues Deutschland, 29./30. Mai 1999.

48 Vgl. Christoph Spehr: Gleicher als Andere. Eine Grundlegung der Freien Kooperation, Berlin 2001.

49 Vgl. Michael Brie: Ein Grundkonsens ist möglich! In: Disput, H. 6/2000, S. 4.

50 Ulrich Eith: Renaissance der sozialen Frage?, in: Michael Brie, Rudolf Woderich (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem, Berlin 2000, S. 67. Robert Lederer stellt (unter Berufung auf Noelle-Neumann in: FAZ, 25. Februar 1998) fest, daß

kollektive Bedürfnisse reflektiert, die nur gemeinsam befriedigt werden können; sie steigern das Verlangen, das gesellschaftliche Leben nach neuen Normen zu gestalten. Es wachse das Verlangen nach weiteren Bürgerrechten, besonders nach Mitentscheidung bei Problemlösungen, und nach universellen sozialen Rechten. Sie stützten die Logik der gemeinsamen menschlichen Entwicklung auf der Grundlage des Allgemeinwohls, in der der Mensch Subjekt, nicht Objekt der Entwicklung ist.⁴⁵

Es ist auch auf das in der Literatur der neunziger Jahre vielfach festgestellte (und schon in den siebziger und achtziger Jahren bei den DGB-Gewerkschaften registrierte) ansteigende Beteiligungsinteresse der geistig und materiell produktiv tätigen Menschen zu verweisen – als Ergebnis und Bestandteil der fortschreitenden Individualisierungsprozesse einerseits und der wachsenden, nur »kollektiv« zu lösenden Probleme andererseits.

Ein Zeichen der breiter werdenden sozialen Basis für demokratisches Wirtschaften ist die Vielzahl der konkreten, auf gemeinschaftliche Arbeit gründenden, nicht profitorientierten Projekte.⁴⁶

In diese Reihe gehören Genossenschaften verschiedenster Art, »non-Profit-Organisationen« innerhalb des »zwischen Markt und Staat« angesiedelten nichtprofitorientierten »Dritten Sektors« sowie weitere gemeinschaftlich betriebene Unternehmen.⁴⁷ Möglicherweise ergeben sich daraus in Zukunft ideelle und reale Berührungspunkte zur Idee der »Freien Kooperation« von *Christoph Spehr*, in der Freiheit und Gleichheit des Einzelnen in der Gemeinschaft zusammenfallen sollen.⁴⁸

Zum *dritten* können sich die Forderungen in Richtung demokratischen Wirtschaftens auf *kritische Einstellungen zur profitbestimmten Wirklichkeit* nicht geringer Bevölkerungsteile (und damit verbundene) positive Meinungen über Gemeinschaftlichkeit oder auch Sozialismus stützen. Aus Umfrageergebnissen der letzten Jahre schlußfolgert zum Beispiel *Michael Brie*, daß »bei breiten Schichten der Bevölkerung (insbesondere in Ostdeutschland) ein Modell von Demokratie« zu identifizieren sei, »das man im Unterschied zum Modell liberaler ... Demokratie als demokratischen Sozialismus bezeichnen kann.«⁴⁹ *Ulrich Eith* dokumentierte Umfrageergebnisse über Einstellungen zum Staat. Danach meinen 66 Prozent der Ostdeutschen und 42 Prozent der Westdeutschen, der Staat sei »auf jeden Fall« dafür verantwortlich, Arbeitsplätze zu schaffen; völlig unzufrieden mit der Wahrnehmung dieser Verantwortung sind im Osten 48 Prozent, im Westen 25, eher unzufrieden im Osten 34, im Westen 36 Prozent.⁵⁰

Nach einer Studie aus dem Allensbach-Institut, so *Detlef Hensche*, wünschen sich gute 72 Prozent der Deutschen einen fürsorglichen Staat, eine solidarische Umverteilung.⁵¹ Längsschnittstudien des Leipziger Jugendforschers *Peter Förster* ergaben in Sachsen zehn Jahre nach dem Anschluß der DDR an die ehemalige Bundesrepublik, daß von den ostdeutschen Jugendlichen (heute um 27 Jahre alt) die Vereinigung zunehmend akzeptiert, das heutige gesellschaftliche System aber als kaum zukunftsfähig bezeichnet wird.⁵² Schließlich soll noch auf die Erkenntnisse von *Thomas Gensicke* über die in den letzten Jahren zu beobachtende starke Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements hingewiesen werden, worunter er »vielfältige, über die Er-

werbstätigkeit hinausgehende, freiwillige und unentgeltliche oder nur mit geringer Aufwandsentschädigung verbundene Tätigkeiten (versteht), die ihren Schwerpunkt nicht im privat-familiären Raum haben und die nicht hauptsächlich dem Spaß und der Erholung gewidmet sind«⁵³.

Zum vierten enthalten *internationale Aktionen sozialer Bewegungen*, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften gegen die neoliberal bestimmte Globalisierung, für eine menschenwürdige Weltordnung im letzten Jahrfünft des vergangenen Jahrhunderts Ansätze für wirtschaftsdemokratische Ideen – und Ermutigung, dafür öffentlich einzutreten. Sie können hier nur aufgezählt werden:

die Bewegung der Sapatisten in Mexiko (seit 1994)⁵⁴;

die Protestbewegung gegen das von den OECD-Staaten im Interesse der international agierenden Konzerne verhandelte Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), die 1998 zum Scheitern des MAI führte⁵⁵;

die am 3. Juli 1998 in Paris gegründete ATTAC-Bewegung, die für die Einschränkung der Macht internationaler Konzerne, für die demokratische Kontrolle des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO) kämpft⁵⁶;

die Massenproteste gegen die Gipfeltreffen der G7 der EU, des IWF und der Weltbank in Seattle, Köln, Prag, Nizza und anderen Orten sowie jüngst gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Davos;

die Initiative des französischen Soziologen *Pierre Bourdieu* für die Einberufung von »Generalständen der sozialen Bewegungen in Europa«, die anstrebt, in Europa wirkende soziale Bewegungen – der Gewerkschaften, Arbeitslosen, Obdachlosen, Staatenlosen, Frauengruppen, Homosexuellen, Umweltvereinigungen usw. – in einem Netzwerk zu sammeln⁵⁷;

die »Weltversammlung der Städtebewohner« Ende Oktober 2000 in Mexiko-Stadt – das erste große internationale Treffen der Nichtregierungs- und Basisorganisationen im Wohnbereich gegen neoliberale Globalisierung⁵⁸;

das erste Weltsozialforum unter dem Motto »eine andere Welt ist möglich« in Porto Alegre (Brasilien) vom 25. bis 30. Januar 2001 – der bisherige Höhepunkt der weltweiten Bewegung gegen neoliberale Globalisierung⁵⁹.

Zusammengefaßt mit *André Gorz*: »Wir leben in einer Zeit des Umbruchs, in der – wie vor 150 Jahren – »alles Feste verdampft« (Kommunistisches Manifest). Institutionelle Politik und politische Institutionen wirken kaum gestaltend auf die selbstläufigen Prozesse ein, die der Neoliberalismus in Gang gesetzt hat. Was sich entwickelt, sind soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen, zehntausende von Selbsthilfegruppen, tausende von Gruppierungen, die sich transnational vernetzen, die Autorität, Legitimität, Zuständigkeit und Politik offizieller Experten bestreiten, politischen Druck ausüben, der selbst für die größten Konzerne und die mächtigsten Staaten gelegentlich unwiderstehlich wird.

All das genügt noch nicht, um den Zusammenbruch ganzer Gesellschaften, neue und alte Formen von Barbarei, von Versklavung, von Raub- und Religionskriegen und »ethnischen Säuberungen« usw. zu verhindern. Man kommt aber zu nichts, wenn man nicht versucht, hinter den widersprüchlichen Tendenzen der gegenwärtigen Entwicklung

relative bzw. große Mehrheiten von befragten West- und Ostdeutschen den Staat für verantwortlich sowohl bei Arbeitslosigkeit, als auch für die Absicherung von Altersversorgung und Krankheitsfolgen erklärten. 1994 gaben 60 Prozent der befragten Westdeutschen der Freiheit einen klaren Vorsprung gegenüber 30 Prozent für möglichst große Gleichheit und soziale Gerechtigkeit; 1998 stimmten 47 Prozent für den Vorrang der Freiheit, 42 Prozent für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit in Ostdeutschland waren 1994 50 und 1998 60 Prozent für den Vorrang der Gleichheit – vgl. Robert Lederer: *Freiheit und Sozialismus*, Münster 2000, S. 218.

51 Ich meine unverändert, daß Solidarität mehrheitsfähig ist. IG-Medien-Vorsitzender Detlef Hensche zu ver.di, linker Gewerkschaftspolitik, dem Zeitwohlstand und dem Bündnis für Arbeit, in: *Neues Deutschland*, 17./18. März 2001.

52 Beim Vergleich der politischen Systeme von DDR und BRD schneidet erstere bescheiden ab, erhält im sozialen Bereich aber immer noch die besseren Noten. Fast jeder zweite hegt weiterhin sozialistische Ideale (aber nur neun Prozent glauben an deren Verwirklichung). Eine reformsocialistische Alternative zum gegenwärtigen System würde ein Drittel der Befragten bevorzugen, ein weiteres Drittel lehnt sie strikt ab; aktiv einsetzen würden sich dafür die wenigsten: die Bereitschaft zur politischen Teilnahme sank seit 1990 auf neun Prozent – vgl. *Neues Deutschland*, 29. September 2000 (zu ähnlichen Ergebnissen kommt die seit 1990 unter Ostdeutschen unter

Leitung von *Jürgen Hofmann* laufende Untersuchungsreihe »ident«.

53 Thomas Gensicke: Bürgerchaftliches Engagement im Osten und im Westen Deutschlands, in: UTOPIE kreativ, H. 93, S. 34.

54 Vgl. Frigga Haug: Kampf gegen den Neoliberalismus, in: spw, H. 100, S. 29.

55 Vgl. Jens Martens: MAI – die dritte Säule weltwirtschaftlicher (De-) Regulierung, in: spw, H. 100.

56 ATTAC – Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoens (Vereinigung für eine Besteuerung finanzieller Transaktionen zu Gunsten der Hilfe für Bürger). Sie ist mittlerweile in Frankreich in 150 regionalen oder lokalen Verbänden organisiert und in mehr als 20 weiteren Ländern aktiv. In Deutschland wurde sie im Mai 2000 als »Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte« konstituiert.

57 Diese Initiative soll »Staaten und Regierungen bedrängen und wirksame Maßnahmen durchsetzen für eine Kontrolle der Finanzmärkte und eine gerechtere Verteilung des Reichtums der Nationen – und zwar im Innern ebenso wie zwischen ihnen«. Eine solche Sammlung könnte »einen gemeinsamen schöpferischen Prozeß in Gang bringen und so den vielen Menschen, die sich in dieser Welt nicht mehr erkennen, eine realistische Utopie eröffnen, in der sich durchaus manchmal unterschiedliche und eigenständige, aber dennoch auf gemeinsame Ziele hinwirkende

latente Möglichkeiten zu erkennen, eine ganz andere weltweite Zivilisation aufzubauen.«⁶⁰

Zusammenfassung: Für ein Konzept gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaftens

Soziale Gerechtigkeit als eine zentrale Forderung der sozialistisch orientierten Linken umfaßt dreierlei:

Erstens: Ihr ethisches, allgemeinemenschliches Anliegen ist, dem emanzipatorischen Ansatz der sozialistischen Idee entsprechend, die *gleiche Würde aller Menschen*, ihr Freisein von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten eingeschlossen, und das Wohl des ganzen Gemeinwesens, das Allgemeinwohl.

Zweitens: *Soziale Gerechtigkeit* ist – im Unterschied zur moralisch (oder auch juristisch) bestimmten Gerechtigkeit – *eine politökonomische Kategorie*. In die »gerechte Verteilung« schließt sie – über die Verteilung von »Gütern für gutes Leben« hinaus – die »Verteilung« (*Demokratisierung*) der Verfügung über das Eigentum an Produktionsmitteln ein, ganz nach *Friedrich Engels*: »Was moralisch gerecht ist, ja selbst was dem Gesetz nach gerecht ist, kann weit davon entfernt sein, sozial gerecht zu sein. Über soziale Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit wird durch eine einzige Wissenschaft entschieden – durch die Wissenschaft, die sich mit den materiellen Tatsachen von Produktion und Austausch befaßt, die Wissenschaft von der politischen Ökonomie.«⁶¹ Deshalb kann soziale Gerechtigkeit nicht anders realisiert werden als durch eine Wirtschaftsordnung, in der die Würde jedes einzelnen Menschen auch im oben genannten Sinne gewahrt (in der also seine Einflußnahme auf Entscheidungen am Arbeitsplatz und bei wirtschaftlichen Abläufen gewährleistet) und das Ziel allen Wirtschaftens das Allgemeinwohl ist.

Drittens: Dem Staat als Träger gesamtgesellschaftlicher Anliegen (des Allgemeinwohls) kommt die Aufgabe zu, *soziale Gerechtigkeit, auch durch entsprechende Gesetze, zu »organisieren«*.

Das Wirtschaftsdemokratiekonzept, wie es sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretikern in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts vorschwebte, enthielt diese Gesichtspunkte. Es sollten die Prinzipien der (politischen) liberalen Demokratie mit Erfordernissen der sozialen (auf die Ökonomie ausgeweiteten) Demokratie politisch praktikabel verbunden werden; es war ein evolutionärer Weg hin zu einer Gesellschaft vorgesehen, in der soziale Gerechtigkeit, eine alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens umfassende Demokratie und das solidarische Miteinander der Gesellschaftsmitglieder dominieren sollten. »Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet«, so hieß es, »die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich aus dem Kapitalbesitz (also Eigentum an Produktionsmitteln – UP.) aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit«⁶². Entsprechende Erwartungen wurden an den Staat gerichtet und praktische Schritte »von unten« aus der Gesellschaft heraus eingeleitet.

Die Erfahrungen des letzten Jahrhundertviertels und der Gegenwartszustand der Welt machen diese Art Demokratisierung der Wirtschaft dringender denn je erforderlich, wenn die Menschheit überleben soll. In diese Richtung zielende Überlegungen in den Gewerk-

schaften, in der SPD und bei der PDS lassen sich davon leiten. Bei allen dabei auftretenden Unterschieden: Auf einen Nenner gebracht, geht es um eine andere als die heutige, nämlich demokratische, am Allgemeinwohl orientierte Regulationsweise der Wirtschaft – um ein *gemeinwohl-orientiertes demokratisches Wirtschaften* –, die sowohl ›von oben‹ (mit staatlichen Mitteln) als auch ›von unten‹ (aus der Gesellschaft heraus) zu gestalten ist. Besonders (aber nicht nur) bei der PDS schließen Vorschläge zur Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen in der Wirtschaft das Eigentum an Produktionsmitteln von gesamtgesellschaftlichem Gewicht mit ein und werden mit den (noch bis 1989 vertretenen) gewerkschaftlichen Überlegungen, die Verfügung über dieses Eigentum zu demokratisieren, verbunden.

Die von linken Gewerkschaftern und Sozialdemokraten sowie Sozialisten außerhalb und in der PDS bezüglich der Wirtschaft unterbreiteten Vorschläge und Forderungen ergeben zusammen *Konturen eines Konzepts gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaftens* für die Gegenwart und nahe Zukunft. Dazu gehören unter anderem:

- der Schutz und die Mehrung öffentlichen Eigentums bei demokratischer Kontrolle;

- die staatliche Beteiligung an den von der öffentlichen Hand subventionierten Unternehmen;

- verbindliche, demokratisch legitimierte Rahmenvorgaben gegenüber der Wirtschaft;

- gesetzliche Regelungen für Kontrolle, Regulierung und Demokratisierung der Wirtschaft (politische Eingriffe in die Verfügungsgewalt über Großes Eigentum an Produktionsmitteln, wenn es die Sozialpflichtigkeit verletzt, nach Artikel 14 und 15 GG);

- die praktische Umsetzung des Konzepts eines öffentlich geförderten, nicht profitorientierten Beschäftigungssektors;

- die Unterstützung von Genossenschaften, Non-Profit-Unternehmen und anderen Formen kollektiven Wirtschaftens in allen Bereichen als Wirtschaftsdemokratisierung ›von unten‹;

- die Ausweitung der Befugnisse kommunaler Selbstverwaltung, einschließlich der Aufsicht über und der Beteiligung an finanziell gestützten Unternehmen;

- die Förderung des regionalen – sozial und ökologisch orientierten – Wirtschaftens, auch durch gesetzliche Regelungen und steuerliche Stimulierung;

- die Ausweitung der Mitbestimmung auf allen Ebenen (Arbeitsplatz, Betrieb, Unternehmen/Konzern, im öffentlichen Dienst, Medien usw.);

- die Konkretisierung der Forderung nach Wirtschafts- und Sozialräten als beratende, kontrollierende, gestaltende Einrichtungen für die regionale, Landes- und Branchenebene – nicht als bürokratische, sondern von gesellschaftlichen Kräften/Verbänden getragene, offene und transparent arbeitende Gremien.

Vermutlich sind diese (und ähnliche weitere) Vorschläge, wenn sie – schrittweise – realisiert werden, geeignet, »der Machtzusammenballung des ›Kapitalismus‹ des obersten Stockwerks ... durch gesellschaftliche Regulierung und Grenzsetzungen entgegenzuwirken« und »die profitgetriebene (kapitalistische) Steuerung durch gesellschaftliche Regulierungen und Entscheidungen« so weit zurückzudrängen, daß das kapitalistische Profitprinzip seine Dominanz verliert.⁶³

Bemühungen im Kampf um ein selbstbestimmtes Leben wiederfinden und verbünden könnten« – Das Manifest: Charta 2000. Vgl. auch Pierre Bourdieu: Gegen die Politik der Entpolitisierung. Für eine organisierte Mobilisierung internationaler gesellschaftlicher Kräfte, in: Sozialismus, H. 3/2001, S. 45, 47.

58 Vgl. Knut Unger: Städtische Sozialbewegungen verschaffen den »Geistern« Gehör. Internationales Netzwerk will den Folgen der Liberalisierung entgegenwirken, in: Neues Deutschland, 2. November 2000; Manifest für eine Soziale Republik Europa vom November 1999 über die steigende Urbanisierung in der Welt und die wachsenden kollektiven Ansprüche in diesem Zusammenhang, in: spw, H. 110.

59 Es zählte über 4700 Delegierte und mehr als 15 000 Teilnehmer in 400 Workshops, mehreren Camps. Die wichtigsten gemeinsamen Forderungen waren: Schuldenerlaß für die Entwicklungsländer, Tobinsteuer, Abschaffung der ›inoffiziellen Weltregierung‹ aus IWF, Weltbank und WTO.

60 André Gorz: Eine ganz andere Weltzivilisation denken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 5/2000, S. 617.

61 Friedrich Engels: Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk, in: MEW, Bd. 19, S. 247.

62 Protokoll des Hamburger ADGB-Kongresses 1928, Berlin 1928, S. 21.

63 Vgl. Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand ..., a. a. O., S. 263f.

64 Vgl. Grundsatzprogramm des DGB 1996, a.a.O., S. 3, 5, 20.

Die Vorschläge und Forderungen werfen eine Vielzahl von Fragen zum Nachdenken und Diskutieren auf. Eine sei herausgegriffen. Da die konfrontative (sich auf die kapitalistische Produktionsweise gründende) Entwicklung die Grundlagen der menschlichen Existenz zerstört, heißt die zivilisatorische Forderung: von der Konfrontation zur Kooperation. Wie gehen da die Linken mit einem Grundgedanken des geltenden DGB-Grundsatzprogramms um, der da heißt: Vorrang der gesellschaftlichen, der gesamtwirtschaftlichen Vernunft und deshalb Setzen auf Dialog- und Konsensfähigkeit gesellschaftlicher Gruppen, auf das Bestreben, soziale Gegensätze und Konflikte auszugleichen?⁶⁴ Sollte er nicht (auch) im Zusammenhang mit der ethischen Motivation und der angestrebten Gewaltlosigkeit gewerkschaftlichen Wirkens seit dem 19. Jahrhundert gesehen werden? Im »Zeitalter der Extreme« (*Hobsbawm*) hat diese Position die Aggressivität des Großkapitals nicht zu bändigen vermocht. Trotzdem sollte die von Gewerkschaften verfochtene, heute mehr denn je überlebenswichtige gesamtgesellschaftliche Vernunft der nach wie vor konfrontativen Kapitalstrategie entgegengehalten und ständig der Öffentlichkeit vor Augen geführt werden, um ihr bewußt zu machen, auf welcher Seite die Verantwortung für das Nichtzustandekommen eines dem Gemeinwohl dienenden Konsenses bei wirtschaftlichen, ökologischen, sozialpolitischen Entscheidungen liegt – nämlich auf der des Kapitals.

Fritz Vilmar meint zurecht: Heute sind »weit und breit keine Bataillone, ist keine solide Machtbasis erkennbar für eine wirtschafts-demokratische Strategie, obgleich die ... Fehlleistungen des Kapitalismus nach einer alternativen Wirtschaftspolitik geradezu schreien«. Aber »gute, glaubwürdig vertretene Konzepte (verleihen) auch Macht, wie schon Marx ... wußte: Ideen können zur materiellen Gewalt werden. Daher rufen wir sie in dieser Zeit in Erinnerung«⁶⁵.

65 Fritz Vilmar: *Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff ...*, a. a. O., S. 215.

Es wird Zeit, die Ur-Idee Wirtschaftsdemokratie, das *demokratische gemeinwohlorientierte Wirtschaften*, als ein dringendes gesellschaftliches Bedürfnis *in das öffentliche Bewußtsein* zu heben, damit sie zu einer breiten demokratischen Bewegung führt, die gesellschaftsverändernd wirksam wird. Denn, um mit *Frank Deppe* zu schließen, die Erfahrung lehrt, »daß die Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft des Kapitals und seiner Funktionäre nur durch Kampf und den Druck sozialer und politischer Auseinandersetzungen hergestellt werden kann« und »daß alle Fortschritte der Demokratisierung, der Humanisierung und der Zivilisierung, der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, die im 20. Jahrhundert im und gegen den Kapitalismus realisiert wurden, immer auch Resultate des Klassenkampfes und der Intervention der sozialistischen Arbeiterbewegung gewesen sind«. »Ohne solche sozialen Kämpfe und Bewegungen, die erst dann hegemonial werden, wenn sie sich mit einem – auch von Intellektuellen konzipierten – Projekt der Veränderung, der Zukunftsgestaltung, der Emanzipation verbinden, sind Veränderungen bestehender Herrschafts- und Machtverhältnisse überhaupt nicht denkbar.«⁶⁶ Ein solches Projekt könnte (sollte) das Konzept der Wirtschaftsdemokratie – des gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaftens – sein.

66 Fank Deppe: *Fin de Siecle ...*, a. a. O., S. 93, 185, 176.